

Der Völkermord von 1965 in Indonesien geht uns alle an

Das Ringen um Gerechtigkeit nach Menschenrechtsverletzungen

Juristisch ist es zwar nicht bindend, doch das Internationale Volkstribunal zu Massengewalt in Indonesien besitzt ausreichend moralisches und politisches Gewicht, um berechtigterweise wirkliches Handeln einzufordern. Saskia Wieringa, Vorsitzende des Tribunals, stellt dar, warum dies so ist.

Am 20. Juli 2016 wurde an fünf Orten auf der Welt – Jakarta, Amsterdam, Melbourne, Frankfurt, Phnom Pen und Stockholm – ein Video veröffentlicht, in dem der Vorsitzende Richter Zak Yacoob die wichtigsten Schlussfolgerungen des Internationalen Volkstribunals zu den Menschenrechtsverletzungen 1965 in Indonesien (IPT 1965) verlas. Zum selben Zeitpunkt wurde das Video auf der Webseite <http://www.tribunal1965.org/> des Tribunals eingestellt.

Ursprünglich war von den KoordinatorInnen eine Veranstaltung in Jakarta geplant, wo die abschließenden Verlautbarungen in Anwesenheit der ZeugInnen, die den Anhörungen vom 10. bis zum 13. November 2015 in Den Haag beigewohnt hatten, gelesen werden sollten. Doch dies wurde angesichts der derzeitigen Kampagne in Indonesien gegen das so genannte ›Wiederaufleben der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI)‹ als zu riskant angesehen. Zwar behaupten nur die Armee und ihr angeschlossene Milizen, es gebe dieses »Wiederaufleben«, doch die Gefahr für alle, die von ihnen damit assoziiert werden, ist nur all zu realistisch.

Das Tribunal erklärte Indonesien für schuldig, Menschenrechtsverbrechen durch systematisches Töten von 400.000 bis zu 600.000 Menschen begangen zu haben. Die Getöteten waren nicht nur Führer und Mitglieder der Kommunistischen Partei im Jahr 1965, sondern Mitglieder angeschlossener Gruppierungen oder sie waren starke Unterstützer von Präsident Sukarno. Darüber hinaus befand das Tribunal Indonesien anderer Menschenrechtsverbrechen für schuldig, darunter Sklaverei, Verschwindenlassen, sexuelle Gewalt sowie eine Kampagne der Hasspropaganda, die zu solchen Verbrechen aufforderte. Diese Verbrechen sind nicht nur gemäß internationalem Gewohnheitsrecht und anderen Konventionen zu verfolgen, sondern auch nach Indonesiens eigenen Gesetzen, darunter das Menschenrechtsgesetz Nr. 26 [<http://humanrightsindonesia.info/indonesia/rule-law-human-rights.html>] aus dem Jahr 2000.

Die zeitgleiche Veröffentlichung der Ergebnisse des Tribunals an mehreren Orten zeigt auch, dass Indonesien nicht länger behaupten kann, die Massenmorde und die anderen Verbrechen gegen die

Menschlichkeit, die von der Armee selbst oder mit ihrer Unterstützung in den Jahren 1965 und in den Folgejahren begangen wurden, seien ausschließlich interne Angelegenheiten, in die sich die Welt nicht einmischen solle. Die Richterinnen entschieden, dies sei ein Fall von Völkermord, da ein Teil einer nationalen Gruppe vernichtet worden war und dies mit starker sozialer Wirkung auf die gesamte Gesellschaft. Völkermord ist eine globale Angelegenheit, und die Staaten müssen solches Handeln verhindern und bestrafen, sowohl in Kriegs- wie in Friedenszeiten.

Dies gerade geschah nicht, als die Vernichtungskampagne linksorientierter Gruppen in Indonesien stattfand. Während das Militär hunderte von tausenden unschuldige, unbewaffnete Menschen dahinschlachtete, sah der Rest der westlichen Welt billigend zu. Es gibt ausreichend Beweise, und der abschließende Bericht der RichterInnen des IPT zitiert Beispiele dazu, dass Botschaften über die Massentötungen berichteten. Ausländische Reporter verurteilten die Tötungen in Indonesien; C. L. Sulzberger bezeichnete es in der *New York Times* vom 13. April 1966 als »eines der schlimmsten Massaker der Geschichte ... das in seinem Umfang und seiner Unmenschlichkeit ... den armenischen Massakern in der Türkei ... (und) Hitlers Genozid an Juden ...«

von Saskia
Wieringa

Die Autorin ist Vorsitzende Internationale Volkstribunal zu Massengewalt in Indonesien und Professorin für Genderforschung und Homosexualität unter Frauen im interkulturellen Vergleich an der Universität Amsterdam.

Aus dem Englischen übersetzt von Jürgen Jansen, Eine Welt Forum Aachen e.V.

Spenden für das IPT

Die Arbeit des International Peoples Tribunal wäre nicht möglich ohne Spendengelder und zahlreiche freiwillige HelferInnen. Nach der erfolgreichen Durchführung des Tribunals im November 2015 in Den Haag und dem Richterspruch im Juli 2016 sind die Überlebenden und MenschenrechtsaktivistInnen des IPT nun dabei, die Vereinten Nationen über die Ergebnisse zu informieren und fortgesetzt für Wahrheitsfindung zu kämpfen. Weitere Publikationen, die der Geschichtsschreibung des Suharto-Regimes eine menschenwürdige Alternative entgegensetzen, sind geplant.

Wer die Arbeit des IPT mit einer Spende unterstützen möchte, kann dies unter Verwendung der folgenden Bankverbindung tun:

Bankverbindung	ING Bank
Kontoinhaber:	Stichting IPT 1965
IBAN:	NL 85 INGB 000 6505735
BIC/SWIFT:	INGBNL2A
Verwendungszweck:	Donation for IPT

wie auch anderen ähnlich grausamen Ereignissen, die international viel mehr berücksichtigt wurden, »gleichkomme«.

Somit untersuchten die RichterInnen, ob mehrere Staaten als Komplizen der indonesischen Armee betrachtet werden könnten. Der den RichterInnen und AnwältInnen vorgelegte Forschungsbericht lieferte Beweise für die Komplizenschaft dreier Staaten [http://www.tribunal1965.org/press-statement-on-the-findings-and-recommendations-of-the-ipt-1965/] – den USA, dem Vereinigten Königreich und Australien. In allen drei Fällen kamen die RichterInnen zu dem Schluss, dass den Regierungen dieser Staaten vollkommen bewusst war, dass Massentötungen stattfanden und dass sie auf unterschiedliche Weise die Armee in ihrer Vernichtungskampagne unterstützten. Die USA stellten Listen von Menschen zu Verfügung, die getötet werden sollten, ebenso Kleinwaffen und Kommunikationsausrüstung. Das Vereinigte Königreich und Australien, beide schon in einem militärischen Konflikt niedriger Intensität gegen Indonesien befangen, weiteten ihre Propaganda aus, um die Hasspropaganda der indonesischen Armee zu unterstützen, die zu den Massentötungen aufforderte.

Wahrscheinlich war noch viel mehr Staaten völlig bewusst, was in Indonesien geschah, doch diese Fälle wurden nicht untersucht. In Australien,

Deutschland und den Niederlanden durchsuchen augenblicklich ForscherInnen die Archive ihrer Länder, um festzuhalten, wie weit ihren Regierungen die Massentötungen bekannt waren.

Das Internationale Volkstribunal kann als ein Prozess, der von MenschenrechtsaktivistInnen betrieben wird, keine Sanktionen verhängen oder gerichtliche Verfahren einleiten. Doch es hat politisches und moralisches Gewicht. Die Regierungen Indonesiens und der drei oben erwähnten Länder ignorierten auffällig die ihnen angetragenen Einladungen zu den Anhörungen im November 2015. Doch hier ist ein Flecken auf dem moralischen Anspruch des internationalen Systems, der nicht ausgelöscht werden kann. Zukünftige Dokumente und Forschungsberichte werden immer wieder die Aufmerksamkeit darauf lenken.

Die Befunde des IPT 1965 zeigen schon Wirkung in Indonesien. Der ehemalige koordinierende Sicherheitsminister, Luhut Panjaitan, reagierte wie von einer fremden Wespe gestochen und ließ wissen, Indonesien habe seine eigenen internen Mechanismen. Natürlich, hat es.

Neben dem schon erwähnten Menschenrechtsgesetz hat Indonesien zwei nationale Kommissionen, eine zu Frauenrechten und eine zu Menschenrechten allgemein, die 2007 bzw. 2012 Berichte veröffentlichten. Beide Berichte wurden jedoch ignoriert. Der Abschlussbericht des IPT 1965 fordert die vollständige Anwendung ihrer Empfehlungen.

Minister Luhut Panjaitan reagierte auf die Anhörungen des IPT vom November 2015, indem er für April 2016 ein nationales Symposium einberief, wo Opfer der Brutalität der Armee zum ersten Mal aussagen konnten, in Sicherheit, umgeben von Generälen, die die Grausamkeiten des Suharto-Regimes verteidigten. Dies wiederum gab Anlass zu der augenblicklichen Kampagne der Armee gegen das vorgebliche Wiederaufleben der PKI. Doch der Geist ist aus der Flasche. Aller Augen ruhen jetzt auf dem Präsidenten. Wird er in seiner Rede an die Nation am 16. August um Verzeihung bitten?

Schließlich war es ein Versprechen seiner präsidentiellen Wahlkampagne gewesen, sich der »Ereignisse von 1965« anzunehmen,

Dieser Artikel wurde am 7. August 2016 zunächst auf der Webseite des IPT veröffentlicht und auch in Zusammenarbeit mit New Mandala, der führenden Webseite für Analysen zu Südostasien.

Weiterführende Links

- > IPT: <http://www.tribunal1965.org/indonesias-1965-genocide-is-a-global-affair-finding-justice-for-human-rights-abuses/>
- > New Mandala: <http://www.newmandala.org/>

graswurzel revolution



NUN GUT: AN MANCHE TEXTUM-FÄNGE MÜSSEN SICH BOULEVARD-BLATTLESER ERST GEWÖHNEN.

„Die ‘Graswurzelrevolution’ lässt sich vom Siegeszug des Kapitalismus nicht beirren.“ (Frankfurter Rundschau)

Probeheft kostenlos:
www.graswurzel.net/service